

Kompetenzen entwickeln & Begabungen fördern - Eine Internationale Bildungsausstellung für die Elbinseln !

Auf der Abschlusspräsentation der Entwicklungspartnerschaft Elbinsel am 18.5.2005 haben wir als eine Quintessenz der dreijährigen Arbeit die Idee vorgestellt, die Internationale Bauausstellung durch eine Internationale Bildungsausstellung zu ergänzen. Diesen Vorschlag wollen wir mit den folgenden Ausführungen begründen und in die Diskussion um die Zukunftsentwicklung der Elbinseln einbringen.

Wir hoffen, dass unsere Ausführungen den Anfang einer intensiven und umfangreichen Debatte markieren und dass sich die eingebrachten Überlegungen und Ansätze erweitern und verändern werden.

Wir sind davon überzeugt, dass Bildung für die Zukunft der Elbinsel inzwischen zu einem harten Standortfaktor geworden und nicht mehr nur ein wichtiger weicher Faktor ist. Deshalb lautet unsere These: Die Internationale Bauausstellung und die Internationale Gartenshow können nicht erfolgreich sein, ohne dass Bildung auf der Elbinsel eine ganz neue Schubkraft erhält. Dies kann nur gelingen, wenn die unbestreitbar engagierten, vielfältigen Einzelinitiativen und Vorhaben in eine kohärente Strategie eingebunden werden.

Bezüglich der geplanten IBA gibt es einen klar strukturierten Handlungsansatz: Der Oberbaudirektor hat im Rahmen der Strategie der Wachsenden Stadt eine Vision präsentiert, passend dazu ein zielorientiertes, inhaltliches Konzept und eine Umsetzungsstrategie entwickelt, die Finanzierung ist gesichert, ein verbindlicher Zeitplan existiert und ein Projektmanagement soll dafür zeitnah dafür eingesetzt werden. Dies ist das Muster, das auf die Bildungsfrage auf der Elbinsel anzuwenden wäre:

Die IBA braucht eine IBA - die Internationale Bauausstellung braucht eine Internationale Bildungsausstellung

Hamburg, den 17.6.2005

Karin Stöckigt
Uwe Sponnagel
Gottfried Eich

1. Ausgangslage

1.1. Abschluss geschafft - Anschluss verpasst.

Auf den Elbinseln verlässt rd. ein Viertel der Schulabgänger die Schule ohne jeglichen Schulabschluss. Im Hamburger Durchschnitt sind dies 14 %. Ein weiterer Indikator für das niedrige Bildungsniveau der Elbinseln ist, dass es hier deutlich weniger AbgängerInnen mit Realschulabschluss oder Abitur im Vergleich zu gesamt Hamburg gibt. Der häufigste Schulabschluss ist mit 38% tatsächlich der Hauptschulabschluss.

Doch selbst SchülerInnen mit einem Hauptschulabschluss haben kaum mehr eine Chance, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Aus fünf Wilhelmsburger Schulen werden erschreckende Ergebnisse im Hinblick auf die Übergänge von SchulabsolventInnen in Ausbildung berichtet: Im Durchschnitt haben lediglich 10% der SchülerInnen der Abgangsklassen 9 und 10 des Jahrgangs 2004 einen Ausbildungsplatz gefunden. Die Situation hat sich in den vergangenen Jahren eher verschlechtert, obwohl engagierte Pädagogen mit einer Vielzahl von Einzelprojekten versuchen, den schwieriger werdenden Rahmenbedingungen und den Mittelkürzungen der Schulbehörde etwas entgegen zu setzen.

Die Unternehmensbefragung des Wirtschaftsvereins Harburg-Wilhelmsburg von 2002 bestätigt das Ergebnis. Sie bemängelt die Qualität der Schulabschlüsse auf den Elbinseln und verweist darauf, dass die Hauptschulen von den an der Studie teilnehmenden Betrieben tendenziell nur mit ausreichend und mangelhaft bewertet wurden. Daraus folge, „dass kaum ein Unternehmen bereit sein wird, einen Hauptschüler für einen Lehrberuf einzustellen, so dass nicht nur die Schulabgänger ohne Schulabschluss, sondern auch die Schüler mit Hauptschulabschluss geringe Berufseinstiegschancen haben.“ (*Wirtschaftsverein Harburg-Wilhelmsburg: Zur Qualifikation von Schulabgängern im Süden Hamburgs, 2002*).

Betriebe beklagen insbesondere unzureichende Sprach- und Rechtschreibkenntnisse und in der Folge Schwierigkeiten von Auszubildenden in der Berufsschule. Darüber hinaus werden mangelndes Sozialverhalten und fehlende Konzentrationsfähigkeiten sowie eine unzureichende Vorbereitung auf die Inhalte und Anforderungen von Berufsbildern durch die Schulen beklagt. Betriebe und auch Schulen weisen immer häufiger darauf hin, dass es SchülerInnen an realistischer Einschätzung ihrer Person und ihren Möglichkeiten fehlt, sie deshalb oft die falsche Berufswahl treffen und nicht bereit sind, sich anderen Berufen zu öffnen.

Diese Ergebnisse hinterlassen ihre Spuren: Viele SchülerInnen besuchen in Ermangelung eines Ausbildungsplatzes weiterführende Schulen, obwohl ihnen die Voraussetzungen für den erfolgreichen Besuch fehlen. Die Rückkehr- bzw. Abbruchquoten sind dementsprechend hoch. Andere SchülerInnen suchen den (Um-) Weg über den Besuch von Berufsfachschulen und andere Maßnahmen der Berufsvorbereitung und außerbetrieblichen Ausbildung. Für die meisten Hauptschulabsolventen heißt es jedoch, Warteschleifen in den Maßnahmen der Benachteiligtenförderung ziehen zu müssen und den Einstieg in das Berufsleben damit immer weiter hinaus zu zögern. Trotz hohen Engagements von Pädagogen und Durchführung von diversen Einzelprojekten muss festgehalten werden, dass sich die Situation in den vergangenen Jahren eher noch verschlechtert hat.

Es wäre aber fatal, dies ausschließlich als ein spezifisches Problem der Elbinseln zu betrachten, denn auch SchülerInnen (und Schulen) anderer Stadtteile und Regionen haben mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Die Entwicklung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes und die Veränderungen der Berufsbilder erfordern, dass die Vorbereitung von SchulabgängerInnen darauf grundsätzlich neu gestaltet werden muss. Der aktuelle Lehrrahmenplan beschreibt Berufsorientierung folgerichtig denn auch als neues Aufgabenfeld, das auf diese Veränderungen reagieren müsse. Entsprechend hoch sind die Anforderungen, die nicht nur an die Unter-

richtsgestaltung, sondern auch an das knowhow und die Rolle der Lehrenden gestellt werden. Die Bewältigung dieser Aufgabe Schulen allein zu überlassen würde sie überfordern. Deshalb – so die Appelle von Politik und Fachbehörden – sollen Schulen verstärkt Kontakte zu Betrieben aufbauen und Lernortkooperationen eingehen. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen außerschulischer Unterstützung zur Verbesserung der Berufsorientierung an Schulen entwickelt und gefördert.

1.2. Systemgrenzen bei der Gestaltung von Kooperation

Aufbau und Gestaltung von Kooperation mit Betrieben und außerschulischen Unterstützungssystemen bereiten vielen Schulen jedoch erhebliche Probleme, da dies Ressourcen erfordert, die Schulen nicht haben oder glauben, dafür nicht bereit stellen zu können. Überdies erweisen sich Kooperationen oft nicht kompatibel mit den Organisationsbedingungen von Schulen und darüber hinaus erfordert die Überwindung der Grenzen zwischen den Systemen Schule-Wirtschaft-Jugendhilfe von allen Beteiligten viel Kreativität und die Einlassung auf längerfristige Prozesse.

Ganz offensichtlich ist es nicht damit getan, neue Ziele zu formulieren, individuelle Kompetenz zu verbessern und innovative Umsetzungskonzepte zu entwickeln. Wesentlich Fortschritte im Feld Bildung sind nur möglich, wenn Hemmnisse und Grenzen, welche die derzeitigen Systeme vorgeben, überwunden werden können. Organisationen können nur überleben, wenn ihre interne Komplexität ausreicht, um die externe Komplexität verarbeiten zu können. Es muss bezweifelt werden, dass die relevanten Bildungssysteme diese Anpassung schon in ausreichendem Maße vollzogen haben.

1.3. Sprachentwicklung als Bildungs- und Berufsgrundlage

Die Ursachen für die aufgezeigten schlechten Ergebnisse haben lange Wurzeln: die Testung der 4 ½ -Jährigen auf Schulreife und Sprachstand hat ergeben, dass bereits zwischen 40 und 50 % der getesteten Kinder im Einzugsbereich von drei Wilhelmsburger Schulen erheblichen Förderbedarf haben. Die Grundschulen behandeln die Aufholung des Sprachrückstandes dementsprechend prioritär. Dennoch zeigen die Ergebnisse der KESS-Untersuchung, dass Kinder aus Migrationsfamilien „am Ende der 4. Jahrgangsstufe im Vergleich zu den Klassenkameraden fast ein Lernjahr Rückstand haben“.

Der enge Zusammenhang zwischen frühzeitiger Sprachentwicklung und späterem Schulerfolg ist ‚eigentlich‘ bekannt. Viele Eltern, sowohl bildungsferne deutsche als auch Eltern mit Migrationshintergrund, können dies jedoch offenbar nicht zur Grundlage ihrer alltäglichen Erziehungspraxis machen. Für das „richtige“ Erlernen der deutschen Sprache werden in der Regel die Schulen verantwortlich gemacht, während in Migrationsfamilien weiterhin die Muttersprache gesprochen - und selbst diese oft nicht richtig vermittelt wird.

1.4. Rückzug der Familien aus der Bildungsverantwortung

Nicht nur das Thema Sprachentwicklung wurde in den vergangenen Jahrzehnten an die Schulen delegiert, sondern im Prinzip alles, was mit Bildung, Weiterbildung und Erziehung zu tun hat und damit auch die Bearbeitung aller möglichen damit verbundenen Probleme. Letztere machen die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Eltern im biografischen Verlauf der Kinder und Jugendlichen schwieriger. Halten Eltern während der Kita- und Grundschulphase noch häufigen „unbelasteten“ Kontakt zu ErzieherInnen und LehrerInnen, nimmt er in den folgenden Jahren kontinuierlich ab und findet oft nur noch statt, wenn Probleme dies unumgänglich machen. Ein aktives und unbelastetes, Kooperation förderndes Miteinander ist unter diesen Umständen von beiden Seiten oft nicht mehr möglich.

1.5. Bildungsmisere als Desintegrationsfaktor

In einer aktuell geführten Debatte in einer Regionalgruppe des Beirates wurde festgestellt, dass in der Elternschaft die Schulen mit dem relativ geringsten Anteil nichtdeutscher und dabei vor allem türkischer Kinder inzwischen als die „weißen“ Schulen, die mit einem hohen Anteil türki-

scher Jugendlicher als die „schwarzen“ Schulen gelten. Allein diese stigmatisierende Formulierung verdeutlicht die tiefen Missverständnisse und schon nicht mehr unterschwelligem Konflikte zwischen den unterschiedlichen Gruppen.

Derzeit kann das öffentliche Bildungssystem die wichtige Integrationsaufgabe nicht mehr wahrnehmen. Sie verstärkt im Gegenteil noch die Stigmatisierung und Ausgrenzung bestimmter Gruppen und Schichten, indem deren überdurchschnittliche Präsenz als Ursache für die Probleme des lokalen Bildungssystems benannt wird und Schuldzuschreibungen erfolgen.

1.6. Unübersichtliche Strukturen als Lösungshemmnis

Inzwischen ist die Komplexität der breit gefächerten Wilhelmsburger Problemlösungsstrukturen selbst als problematisch und Teil der ungelösten Problemlagen anzusehen. Neben der Entwicklungspartnerschaft Elbinsel wurden gleichzeitig parallel zwei weitere Kooperationsprojekte im Bildungssektor gestartet (Forum Bildung Wilhelmsburg - FBW und INA), die sich in den Aufgabenstellungen z.T. gegenseitig überschneiden. Die Arbeit des Beirates für Stadtteilentwicklung soll nach seinem Selbstverständnis und den Aussagen der Senatsdrucksache zum „ Sprung über die Elbe“ (Pos. 7) fortgesetzt werden. In Wilhelmsburg, in Kirchdorf-Süd und auf der Veddel existieren darüber hinaus weitere Kooperations- und Netzwerkstrukturen (tw. als AG nach § 78 KJHG). Wenn nach der zu erwartenden positiven Senatsentscheidung (neben dem bereits bestehenden Sanierungsgebiet in Wilhelmsburg) zwei weitere Sanierungsgebiete mit den gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsgremien eingerichtet werden, ist die Überkomplexität der Problemlösungsstrukturen komplett. Die dadurch entstehenden negativen Verschleißeffekte werden den erforderlichen Schwung für eine tief greifende Umgestaltung der Bildungslandschaft gar nicht erst entstehen lassen. Selbst viele Professionelle durchschauen bereits jetzt den Zusammenhang zwischen Stadtteilentwicklung, Sanierung, Bildungs- und Sozialpolitik, IBA und IGS nicht mehr.

1.7. Bildung als negativer Standortfaktor

Die Bildungssituation auf den Elbinseln hat nicht nur bei Betrieben einen schlechten Ruf :

Immer mehr Mittelschichtsfamilien sehen sich zum Wegzug veranlasst; junge Familien sind trotz guter Wohnlage, günstiger Mieten und niedriger Grundstückspreise nicht dazu zu bewegen, nach Wilhelmsburg oder auf die Veddel zu ziehen. Nicht erst der lange Zeit schleppende Verkauf der Häuser auf der Bausolarausstellung hat gezeigt, dass die Bildungsangebote auch einen harten ökonomischen Faktor darstellen. Auch die großen Wohnungsgesellschaften beklagen nicht mehr nur die mangelnde Attraktivität des Gebietes für bildungsorientierte Schichten, sondern sind auch zu einem eigen Engagement bereit. Und Unternehmer der Elbinsel haben erkannt, dass die schlechte Bildungssituation nicht nur ein Problem der betroffenen Individuen oder des staatlichen Erziehungssystems ist, sondern ihre eigenen ökonomischen Interessen berührt und fangen an, sich für eine verbesserte Bildungssituation einzusetzen.

2. Von der defizitorientierten Bildungspolitik zu einem neuen Entwicklungsleitbild für die Bildung in modernen Metropolen

2.1. Bildung als Wachstums- und Entwicklungsmotor

Bei der Bewertung und Entwicklung städtischer Räume spielen neben städtebaulichen Faktoren auch die soziale Zusammensetzung und die Entwicklung der Ökonomie in den Gebieten eine entscheidende Rolle. Dies wird auch in neueren städtebaulichen Entwicklungskonzepten berücksichtigt und ist Bestandteil der Strategie „Wachsende Stadt“ und des Konzeptes zur Internationalen Bauausstellung.

Als gleichwertiger Faktor ist jedoch auch die Bildung zu berücksichtigen. Gerade bei der qualitativen Entwicklung von Metropolen, wie mit dem Konzept „Wachsende Stadt“ verfolgt, wird großes Gewicht auf den Zuzug des bildungsorientierten Mittelstandes gelegt. Ohne diese

Schichten können Metropolen ihre Aufgabe als Kristallisationspunkt für technische Innovation, wirtschaftliches Wachstum, kulturelle Entfaltung und soziale Entwicklung nicht wahrnehmen. Doch bereits jetzt ist abzusehen, dass ohne eine Offensive im Bildungsbereich, die die bestehenden Defizite nicht nur ausgleicht, sondern einen echten Attraktor für den Raum bildet, das Konzept der Wachsenden Stadt auf den Elbinseln nicht durchgreifend gelingen kann. Im Gegenteil : die Abwanderung nicht nur der Mittelschichten, sondern aller aufstiegsorientierten Gruppen geht unvermindert weiter, die Gebiete bluten sozial, kulturell und ökonomisch aus.

2.2. Bildung als staatspolitische Aufgabe und als Weg zur Ausbildung der Individualität

Bildung beinhaltet weitaus mehr als die Ausbildung individueller Chancen der Verwertung im Arbeitsmarkt. Sie entwickelt nicht nur den „homo oeconomicus“, sondern auch den „homo politicus“. Sie ermöglicht dem Individuum, zum selbst bestimmten Akteur in seinem gesellschaftlichen Umfeld zu werden. Dies ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass der Prozess der Individualisierung der Gesellschaft und der Negierung des Staates aufgehoben wird.

Dazu muss die Schule als „Haus des Lernens“ neu gebaut werden, die Zusammenarbeit der Institutionen verstärkt, die vorhandene starre Regelung von konkurrierenden Zuständigkeiten staatlicher Organe überwunden und letztlich die betroffenen Menschen als Beteiligte ihrer Lebens- und Zukunftsgestaltung ermächtigt werden. „Es bedarf einer neuen Kooperationskultur aller Bildungsakteure vor Ort, um dieses Nebeneinander oder gar Gegeneinander zu überwinden.“ (*Regionale Bildungslandschaften, Projekt „Selbstständige Schule“ nrw*)

Dabei ist die entscheidende Voraussetzung, den Menschen die Chancen zu vermitteln, die Bildung für sie bieten kann. Bildung wird erst zum Schatz, wenn sie an individuelle Potentiale anknüpft. Diese müssen entdeckt, gefördert und gehoben werden. „Besonders wichtig ist die Kompetenzentwicklung, d.h. dass die Schule über Fachkompetenz hinaus Basiskompetenzen wie Lern-, Handlungs-, Sozialkompetenz, personale Kompetenzen und Teamfähigkeit vermittelt (...) Wesentlich ist auch die Fähigkeit, selbstorganisiertes Lernen einzuüben (Selbststeuerung)“ (*BLK, Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland, 2004*)

2.3. Notwendigkeit einer zukunftsfähigen Bildungsstrategie

Die Defizite der Bildungsinfrastruktur auf den Elbinseln sind mittlerweile so groß, dass weder das große persönliche Engagement von Lehrern, noch die Durchführung einer Vielzahl geförderter Projekte die Situation nachhaltig verbessern, ja nicht einmal den Status quo halten kann. Auch ein deutlich erhöhter Ressourceneinsatz würde allein nicht ausreichen, damit Institutionen die notwendigen Angebote zur sozialen Integration und zur Bildung in dem Maße durchführen können, das dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag und den Erwartungen von bildungs- und aufstiegsorientierten Eltern entspricht.

Alle Reparaturbemühungen laufen bereits der heutigen Realität hinterher. Dabei ist es ist allerhöchste Zeit, sich der Wirklichkeit von morgen offensiv zu stellen. Notwendig ist daher die Entwicklung einer bildungspolitischen Strategie, die in der Ausstrahlungskraft, der Wirkungstiefe und in der politischen Priorität dem städtebaulichen, ökonomischen und sozialen Ansatz des „Sprung über die Elbe“ entspricht und in diesen eingebettet ist. Notwendig sind daher ein Beschluss des Senates und der erklärte Wille, diese Strategie auch umzusetzen. Dafür müssen klare Ziele beschlossen, eindeutige Kompetenzen erteilt und adäquate Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

2.4. Offener Diskurs statt Parteiprogramm

Eine solche Strategie braucht ein zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Leitbild, eine Vision, die Ressourcen, Institutionen und Menschen mobilisieren kann. Wohlgemerkt : Dabei geht es nicht um ein spezifisches politisches Programm, sondern um die Eröffnung eines breiten gesellschaftlichen Diskurses, in den die politischen Kräfte ebenso einbezogen sind wie Fachleute aus Forschung und Praxis, aber auch die breite Bevölkerung, betroffene Schüler, Lehrer

und Unternehmer. Das Ergebnis wird nicht eine Wahrheit sein, sondern ein Handlungsrahmen und neue Anforderungen, Aufgaben und Ideale, denen sich Bildung und Erziehung in der modernen Gesellschaft zu stellen hat : Wie ist das Verhältnis zwischen individueller Bildungschance und gesellschaftlicher Notwendigkeit besserer Bildung? Wie ist das Verhältnis zwischen Breitenförderung und Elitenbildung? Welche Rolle kommt der Bildung und Erziehung bei der Überwindung von sozialer Spaltung und der Integration von Ausländern zu? Nur eine solch diskursive Strategie ermöglicht es, eine breite Beteiligung und Akzeptanz herzustellen, die für ein solch fundamentales Vorhaben unerlässlich sind.

Diese Debatte muss mit allen Akteuren vor Ort geführt werden, sie muss in Arbeitsgruppen, Workshops und Kongressen vorangetrieben werden. Wissenschaftler und Experten sollten einbezogen, die Debatte an die Universitäten (und aus den Universitäten in die Praxis) getragen werden. Politische Parteien, Verbände und die Sozialpartner müssen aufgefordert werden, an solchen bildungspolitischen Leitlinien und der Entwicklung eines grundlegenden Menschenbildes mitzuarbeiten, aus dem sich Ziele ableiten lassen. Stichworte wie die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Verantwortung des Individuums in der Gesellschaft, soziale Integration, ökonomische und kulturelle Teilhabe, Toleranz und Respekt werden darin eine Rolle spielen um kurzfristige problem- oder interessengetriebene Ansätze zu überwinden. Die Debatte darf sich allerdings nicht nur auf die lokalen Akteure beschränken. Erfahrungen und Erkenntnisse aus der ganzen Welt können Impulse geben, um die Entwicklung voran zu treiben. Dann wiederum kann die Entwicklung und Umsetzung einer solchen Strategie Hamburg zum Vorbild machen und die Stadt im nationalen und internationalen Wettbewerb der Metropolen stärken.

2.5. Leitprojekte und Mainstreaming - Strategie

Die Entwicklung und Umsetzung einer Bildungsstrategie ist ein gewaltiges Vorhaben. Dabei bedarf es vieler Teilziele und Zwischenschritte, um einerseits die Bodenhaftung nicht zu verlieren, andererseits Lernen zu ermöglichen und vor allem auch, um aus Erfolgen den Mut und die Kraft zu ziehen, weiter zu machen. Es sollten daher Leitprojekte initiiert werden, an denen die Entwicklung und Umsetzung von Innovation erprobt und unterstützt werden. Solche Leitprojekte sollten in allen Bereichen der Bildung entwickelt und Vorreiter des Diskurses werden. Hier kann Erfahrung reflektiert und gelernt werden, wie in weiteren Schritten im breiten Umfang Neues umgesetzt werden kann. Dieser Prozess von Entwicklung, Erprobung, Reflexion und breiter Umsetzung muss integraler Bestandteil einer solchen Strategie sein und in der Projektplanung mit ökonomischen Ressourcen und personellem Knowhow ausgestattet sein. So wächst der Fortschritt von einzelnen Leitprojekten zu einer kohärenten lokalen Entwicklung und schließlich zu Impulsen für die gesamte Bildungslandschaft.

2.6. Wie es die anderen machen

Entwicklung von Innovationen findet heute nicht mehr nur im Fokus des eigenen Handlungssystems statt. Nicht nur in Wilhelmsburg, sondern in fast allen großen europäischen Metropolen gibt es vergleichbare Problemlagen. Europaweit wird nach neuen und effektiveren Ansätzen gesucht, um den Zugang von Jugendlichen zu qualitativ hochwertiger Bildung und zum lebenslangen Lernen zu erleichtern und soziale Ausgrenzung zu verhindern.

Der hier vorgelegte Vorschlag, die Strategie der wachsenden Stadt mit einer Bildungsstrategie im Sozialraum der Elbinseln zu verbinden und dieses über eine Verknüpfung der Internationalen Bauausstellung mit einer Internationalen Bildungsausstellung für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen, knüpft an eine Vielzahl europäischer Strategien an: So hat sich der Lissabon-Prozess zum Ziel gesetzt, dass im Jahr 2010 die Europäische Union die stärkste wissensbasierte Wirtschaft der Welt ist; die Staats- und Regierungschefs aus Frankreich, Spanien, Schweden und Deutschland haben im Oktober 2004 zu einem Pakt für die Jugend aufgerufen, massive Investitionen in den Bildungsbereich gefordert und integrierte Politikansätze für Kinder und Jugendliche gefordert.

Auch andere europäische Dokumente der Jugendpolitik wie z.B. die „Europäische Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene“ und das Weißbuch der Europäischen Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ plädieren für konzertierte Aktionen der beteiligten Akteure und neue Formen organisationsübergreifenden Denkens und Handelns, um die Zukunftschancen für die Jugend Europas zu verbessern.

Auf einer im November 2004 veranstalteten europäischen Fachkonferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“, an der 160 Bürgermeistern europäischer Großstädte, Parlamentarier, Kommunalpolitiker, Fachexperten der kommunaler Jugendpolitik sowie VertreterInnen aus Nichtregierungsorganisationen aus ganz Europa teilgenommen haben, hat festgehalten, dass sowohl die verschiedenen Akteursebenen vor Ort zu einer engen Kooperation und „Koproduktion“ zusammen gebracht werden, als auch die Steuerung und Koordinierung an die Aufgaben angepasst werden müssen („Good Governance Strategien“). Im Rahmen dieser bottom-up und top-down Ansätze sollten folgende Handlungsfelder bearbeitet werden: Vermittlung von Lebenskompetenz, kommunales Integrationsmanagement, Steuerungsstrategien und lokale Entwicklungskonzepte in benachteiligten Stadtteilen und die Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation.

Auch die Tagung „Orte der Bildung im Stadtteil“, die im Februar 2005 von der Stiftung SPI in Berlin in Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ veranstaltet wurde, sieht die eigentliche Herausforderung darin, strategische Orientierung auf kommunaler Ebene mit dem zügigen Aufbau neuer Praxis auf lokaler Ebene zu verknüpfen. Als Rahmen sollen gemeinsam entwickelte Leitziele, verbindliche und auf Kontraktbasis verankerte lokale Partnerschaften sowie eine regionale Koordinierungsstelle fungieren, die in der Lage ist, das komplexe Projekt- und Schnittstellenmanagement vor Ort zu betreiben. Dabei lehnen sich die Berliner Vorschläge eng an die Erfahrungen des britischen Reformmodells der „Early Excellence Center“ an.

Am Beispiel der „Early Excellence Centers“ in Großbritannien wird deutlich, dass diese radikalen Umgestaltungen nicht nur als Modellprojekte, sondern auch in der Fläche möglich und erfolgreich sind. Deren Leitidee ist die Integration von sozialer und Bildungsförderung, von Erziehung, Bildung und Betreuung, Gesundheit, Unterstützung und Beratung von Familien sowie arbeitsmarktbezogene Angebote. Mittlerweile arbeiten ca. 100 EEC's landesweit. Eine Langzeitstudie hat mittlerweile nachgewiesen, dass die besten Erfolge dort erreicht wurden, wo es gelang, Bildung und Erziehung auf hohem Niveau zu integrieren und die als zentral erachtete „familiäre Lernumgebung“ (der Kinder und Erwachsenen) positiv zu beeinflussen.

3. Handlungsansätze

3.1. In die Zukunft denken - in der Gegenwart Erfolge sichtbar und erfahrbar machen

Die Entwicklung und Umsetzung einer Vision braucht Mut, Phantasie und einen langen Atem. Akute Veränderungen, die durch Vorhaben und Projekte einer Internationalen Bildungsausstellung ausgelöst werden sollen, müssen unmittelbar als Verbesserung der vorhandenen Situation spürbar werden, um den grundsätzlichen Diskurs um die Aufgaben und Anforderungen von Bildung nicht in die Sackgasse ergebnisloser Konferenzdokumente zu steuern - insbesondere nicht in einem benachteiligten Gebiet einer europäischen Metropole. Es geht darum, „den Menschen Gewissheit zu geben, dass nicht nur geredet, sondern auch gehandelt wird“ (*Senatsdrucksache zum „Sprung über die Elbe“ Pos. 7 Organisations-, Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen*).

Visionen müssen unmittelbar in Strategien münden, diese müssen im Rahmen eines Projektmanagements realisiert werden. Eine Debatte um den richtigen Weg soll geführt werden, aber Grundlage (oberste Maxime) muss die schnelle Umsetzung sein: Das Experiment, die Umsetzung vor Ort und das Lernen aus dem Alltag. Dies ist nicht nur notwendig, um die Praxistaug-

lichkeit der Erneuerungen sicher zu stellen. Die Geduld und Leidenschaft aller mit Bildung befasster oder von ihr „Betroffener“ auf der Elbinsel ist erschöpft. Es ist dringend notwendig, dass zügig gehandelt wird, um aus der Spirale von Verelendung und Resignation auszubrechen.

Zur Innovation gehört auch der Mut, sich den Wirklichkeiten zu stellen. Nicht alle guten Ideen lassen sich sofort umsetzen. Oft fehlen Ressourcen, gesetzliche Voraussetzungen, institutionelle, räumliche und personelle Kapazitäten, um als richtig erkannte Maßnahmen umfassend umzusetzen. Vor dem Hintergrund eines „großen Plans“ ist es daher unvermeidbar, auch kleine Schritte zu wagen und dabei Ungleichzeitigkeiten und partielle Ungerechtigkeiten zu riskieren, um Fortschritte zu erzielen und angestrebte Ziele zu erreichen.

3.2. Innovation ermöglichen

Innovation entsteht aus Freiräumen in Denken und Handeln. Um einen innovativen Bildungsansatz auf den Elbinseln umzusetzen, müssen diese Freiräume geschaffen werden. Die Kreativität der Menschen innerhalb und außerhalb der Institutionen, die Überwindung bürokratischer bzw. institutioneller Barrieren, flexibler Einsatz von materiellen und ökonomischen Ressourcen, all dies muss gefördert werden, damit Neues entstehen kann.

Doch die Akteure der örtlichen Bildungspolitik werden nicht alleine in der Lage sein, die Wirklichkeit hinreichend zu analysieren und die richtigen Schritte zu unternehmen. Der Blick von „außen“ ist notwendig, um eingefahrene Bahnen zu verlassen und sich auf einen neuen Weg zu machen. Deshalb ist es notwendig, sich durch Expertise und Kreativität von außerhalb neue Impulse geben zu lassen. Die Bildungsdebatte auf den Elbinseln sollte zu einem nationalen und internationalen Diskurs über metropolische Bildung erweitert werden. Die Durchführung von Fachkongressen, regelmäßige internationale Meetings von Experten und Praktikern (z.B. Summer Schools) und die Verknüpfung und Durchdringung des Bildungsthemas mit den anderen wichtigen stadtpolitischen Themen Stadtentwicklung, Soziales und Ökonomie sowie schließlich die Durchführung einer Internationalen Bildungsausstellung führen zu einer Fachdebatte auf höchstem Niveau. Eine solch ambitionierte Ausrichtung wird auch die eigenen Kräfte mobilisieren und Kreativität und Engagement beflügeln.

3.3. Empowerment: Handlungsfähigkeit der Akteure stärken

Die Beteiligung der Betroffenen darf sich nicht nur auf Lippenbekenntnisse beschränken. Denn die Einbeziehung der Betroffenen in Entscheidungen und Umsetzung ist nicht nur notwendig, um eine konsensuale und effektive Durchführung von Projekten und Maßnahmen zu ermöglichen. Sie setzt auch zusätzliche Potentiale frei, die die Basis für Innovation und Kreativität verbreitern. So ist es durchaus vorstellbar, dass Stadtteilvereine, Elternorganisationen oder sogar Schüler aktiv in die Diskussion einbringen, Projekte und Konzepte vorschlagen und ggf. sogar selbst durchführen.

Solche Potentiale liegen jedoch in der Regel nicht frei, sie müssen entdeckt, geweckt, gefördert werden. Dieser Prozess des Empowerment muss aktiv betrieben und unterstützt werden. Empowerment muss daher expliziter Teil der Strategieentwicklung sowie der Projekt- und Ressourcenplanung werden.

3.4. Kommunikation schaffen - Konflikte bewältigen

Die angesprochene Handlungsorientierung benötigt unter den derzeitigen Gegebenheiten und Befindlichkeiten eine radikal veränderte Kultur der Kommunikation der Beteiligten und Akteure untereinander. Neue Aktivierungs- und Beteiligungsansätze müssen kreiert werden, die über die bisherige gremienförmige Beteiligung hinaus Eltern, Schüler, Auszubildende und die unterschiedlichsten pädagogischen Fachkräfte als aktive Akteure in die Verantwortung nehmen.

Gelungene Kommunikation und Vernetzung entstehen in komplexen Gemeinwesen nur selten von selber. Auch einzelne aktive Persönlichkeiten sind mit der Einleitung und nachhaltigen

Ausgestaltung solcher Strukturen überfordert. Deshalb ist es erforderlich, diese besonderen Kommunikationsprozesse, die auf die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Akteure bauen, von vornherein durch Moderation und Konfliktmanagement effektiv und kreativ zu begleiten. Hierfür sind besondere Ressourcen notwendig, um die notwendigen Strukturen aufzubauen, moderative Impulse zu setzen und projektorientierte Arbeitsweisen umzusetzen.

Die Entwicklung und Umsetzung einer Bildungsoffensive wird voller Konflikte vonstatten gehen. Dies gilt für die gesamte Bandbreite von Interessens- und Lebenslagen, von Milieus und gewachsenen (und manchmal verhärteten) Strukturen: Konflikte mit parteipolitischem und weltanschaulichem Hintergrund, Konflikte zwischen den Ethnien, Konfliktlagen zwischen Mittelschichtsgруппierungen und gesellschaftlichen Unterschichts- und Randgruppen als auch nicht zu unterschätzende Konflikte, die hervortreten, wenn ein gesellschaftlicher Innovationsdiskurs bestehende innerinstitutionelle Konflikte dynamisiert.

Eine neue Konfliktlösungskultur kann entwickelt werden, die die vorhandenen Konflikte über die zukünftigen Bildungsanforderungen und die praktizierte Ethnisierung der sozial-kulturellen Probleme mithilfe von einzusetzenden Stadtteilmoderatoren endlich offen zum Thema macht. Ein aktives Konfliktmanagement wird damit zu einem neu zu gestaltenden Aufgabenprofil, und bietet eine neue Chance, Bildung zu einem wirksamen Integrationsfaktor werden zu lassen.

3.5. Strukturen aufbauen - Vernetzung fördern

Die skizzierte Bildungsoffensive verfolgt einen sehr anspruchsvollen Ansatz. Die bildungspolitische Strategie muss von den höchsten Gremien beschlossen und top-down durchgesetzt werden. Die Beteiligung und Einbeziehung aller relevanten Akteure und die Verankerung der Strategie erfordert gleichzeitig einen bottom-up-Ansatz. In Organisation und Aufbau muss dies Berücksichtigung finden. Es sollte daher eine übergreifende Struktur außerhalb bestehender Institutionen geschaffen werden, die direkt an die beschlossene Strategie eingebunden ist und mit einem eindeutigen Mandat der obersten politischen Gremien ausgestattet ist. Sie muss in der Lage sein, Entscheidungen zu treffen und diese durchzusetzen und über die notwendigen Ressourcen verfügen.

Eine solche eigenständige Struktur muss eng mit den anderen großen Vorhaben - dem Sprung über die Elbe und der IGS und IBA - vernetzt werden, um gegenseitig Impulse zu setzen und Verknüpfungen herzustellen. So wenig eine Bildungsstrategie Strategien der Stadtentwicklung und der wirtschaftlichen Entwicklung untergeordnet werden darf, so wenig kann sie losgelöst von diesen Rahmenbedingungen und Schnittpunkten agieren.

Zudem müssen Schnittstellen zu den bestehenden Institutionen und Vernetzungsstrukturen auf den Elbinseln auf- und ausgebaut werden. Dabei kann zwar auf eine recht gute Vernetzungsstruktur in der Region aufgebaut werden, eine an den anstehenden Aufgaben orientierte Organisationsstruktur besteht jedoch noch nicht. Ein lokales Koordinierungszentrum auf den Elbinseln übernimmt den Aufbau institutionell abgesicherter Partnerschaften und die operative Steuerung vor Ort und wird dabei unterstützt durch einen städtischen Koordinierungsstab, der aus Enthusiasten und Experten (moving spirits) besteht und neben der strategischen Ebene die administrativen Querschnittsaufgaben (Bündelung der Kompetenzen zwischen den Fachbehörden, Monitoring, Evaluation etc.) gestaltet.

3.6. Den Bildungsbegriff neu definieren

Bildung wird oft nur mit Schule gleichgesetzt. Dies greift zu kurz. Wenn Bildung die Entwicklung individueller Kompetenzen und die Vermittlung von gesellschaftlicher Erfahrung, Wissen, Ideen und Regeln ist, dann ist Bildung ein lebenslanger Prozess, der an unterschiedlichen Orten, durch unterschiedliche Institutionen und mit unterschiedlichen Akteuren betrieben wird. In die Bildungsdiskussion sind daher neben die Schulen natürlich Kinderbetreuungsstätten, Freizeitstätten für Kinder und Jugendliche, aber auch Institutionen der Jugendhilfe und der Jugendberufshilfe einzubeziehen. Integrations- und Sprachförderung für Migranten gehören

ebenso dazu wie berufliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Bildungsangebote der Volkshochschulen, Kurse von Nachbarschaftsvereinen oder Bildungsangebote für Senioren. Ebenso sollten Kultureinrichtungen und Vereine einbezogen werden, bis hin zu den wichtigen Aufgaben, die Sportvereinen bei der Vermittlung von sozialen Kompetenzen und gesellschaftlicher Verantwortung zukommen. Schließlich sind auch die Unternehmen gefragt, denn auch sie haben eine Verantwortung für die (zumindest berufliche) Bildung ihrer Mitarbeiter und Auszubildenden, und schließlich sind sie selbst Adressaten eines umfassenden Bildungsbegriffs, für die besondere Bildungsangebote entwickelt werden müssen, so wie auch die intensive Fort- und Weiterbildung der Bildungsakteure in allen Institutionen ein integraler Bestandteil des Ansatzes sein muss.

3.7. Mittel und Ressourcen bündeln

Die Bündelung von Mitteln und Ressourcen, sowohl staatlicher Haushaltsmittel, Stiftungsmittel, EU-Förderprogramme, Sponsoring und Sachspenden lokaler Betriebe muss ein Markenzeichen des Aufbruchs werden. Die fachbehördliche Abstimmung und die Mobilisierung externer Ressourcen bei der Durchführung komplexer Vorhaben lassen sich erheblich verbessern.

Aus inhaltlichen Gründen, und um neue Wirkungsebenen zu aktivieren, sind die lokalen Wohnungsunternehmen als Akteure auch in den Prozess zur Neugestaltung der Bildungslandschaft einzubeziehen. Ullrich Pfeiffer hat 1998 über die „überforderten Nachbarschaften“ berichtet, noch heute sind längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, diese positiv zu beeinflussen. Mit Bildungsmaßnahmen hierbei anzusetzen, verspricht vielfache Effekte, den Prozess der Stadtteilentwicklung auf der Elbinsel nachhaltig zu fördern. Weil die Wohnungsunternehmen auf qualitativ hochwertige Bildungsangebote als Wohnvoraussetzungseinrichtungen bei der Vermietung ihrer Wohnungen angewiesen sind, können sie auch als Aktivposten im angestrebten Prozess angesehen werden.

Bei der Bündelung von Mitteln und Ressourcen konsequent neue Wege zu gehen, ist deshalb erforderlich, damit die neuen Ansätze zur inhaltlichen Ausgestaltung einer Internationalen Bildungsausstellung nicht gleich zu Beginn an der üblichen Klage darüber scheitern, dass ein derart großes Vorhaben gar nicht zu finanzieren sei.

4. Nächste Schritte

4.1. Sicherung und Ausbau der Kooperations- und Vernetzungsstrukturen

Die in den vergangenen drei Jahren geleistete Vernetzungsarbeit von Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen durch das Forum Bildung Wilhelmsburg und die Entwicklungspartnerschaft Elbinsel sollte zukünftig unter einem Dach (dem Bildungsforum Elbinsel) fortgesetzt werden, um die bislang erreichten Wirkungen zu erhöhen und nachhaltig zu gestalten.

Dafür ist eine Absicherung sowohl der Geschäftsführung des Forum Bildung Wilhelmsburg (½ Stelle Lehrer) durch die BBS, als auch zusätzlicher Mittelbedarfe für Projektkoordination und Netzwerkmoderation, Projektentwicklung, Verwaltung / Sachbearbeitung, Miete und Sachkosten sicher zu stellen. (siehe Kurzkonzept Bildungsforum Elbinseln vom 24.5.2005).

Zur Erreichung des Ziels, die Zukunftsfähigkeit der Elbinselregion im Rahmen der städtischen Strategie ‚Wachsende Stadt‘ zu sichern, müssen sich möglichst alle Akteure aus der Region im Bereich der Bildungs- und Erziehungsarbeit (von der vorschulischen, schulischen, berufsbildenden Bildung, der Jugendhilfe bis hin zur Eltern-, Erwachsenen- und beruflichen Weiterbildung) an einem längerfristig angelegten Entwicklungs- und Vernetzungsprozess beteiligen.

Das Bildungsforum Elbinseln

- fördert und pflegt die Kommunikation in der Bildungs- und Schullandschaft der Elbinseln durch regelmäßige persönliche Kontakte,
- sorgt für Überblick, Kooperation und Vernetzung, initiiert gemeinsame, modellhafte Projekte und Vorhaben mit kurz- und langfristigem Charakter und nimmt Koordinationsaufgaben wahr,
- ermöglicht Projektentwicklung und -begleitung und Qualitätssicherung,
- leistet Moderation laufender Projekte und Arbeitsgruppen verschiedener Partner-einrichtungen,
- identifiziert den Qualifizierungs- und Fortbildungsbedarf und organisiert Fortbil-dungsveranstaltungen, Fachgespräche, Fachtagungen und Workshops in Zusam-menarbeit mit Trägern, LI und Fachbehörden,
- entwickelt und realisiert ein Kooperation förderndes und Kommunikation stiftendes eigenes Veranstaltungsangebot,
- unterstützt den Aufbau und die Begleitung von Netzwerken in den Handlungsfel-dern Jugendberufshilfe / Schule und Wirtschaft / Arbeit mit den Schwerpunkten Strategieentwicklung, Innovationsförderung, Kooperationslernen,
- übernimmt Verantwortung für eine gemeinsam getragene, imagefördernde Öffent-lichkeitsarbeit der Schul- und Bildungslandschaft der Elbinseln durch regelmäßige und aktuelle Informationsarbeit nach innen nach außen.

4.2. Beschluss für einen Masterplan „Bildung“

Um dem vorgeschlagenen Vorhaben Internationale Bildungsausstellung einen verbindlichen Rahmen zu geben, ist ein Senatsbeschluss als Auftrag zur Neugestaltung der Bildungsland-schaft Elbinseln erforderlich, der das Vorhaben zeitlich taktet wie die IBA/IGS und die dafür erforderlichen Ressourcen zu ihrer Vorbereitung bereitstellt.

Eine Arbeitsgruppe aus lokalen Akteuren, Fachbehördenvertretern und externen Experten sollte einen zeitlich engen Auftrag erhalten, einen Vorschlag zur weiteren konzeptionellen Entwicklung und Vorbereitung zu erstellen. Daraus müssen erkennbare Meilensteine hervor-gehen, die anzeigen, was durch den einzuleitenden Prozess bis zu den Jahren 2009, 2009 und 2013 erreicht werden kann.

Die Arbeitsgruppe sollte ausdrücklich aus ‚moving spirits‘ zusammengestellt sein, aus Persön-lichkeiten, die zügig einen begeisternden Schwung in das ambitionierte Vorhaben bringen können und nicht dabei sind, weil sie es müssen.

4.3. Bildungspolitische Initialprojekte gestalten

Auf den Elbinseln besteht ein enormer Handlungsdruck. Daher sollten zügig Initialprojekte entworfen und umgesetzt werden, die durch ihr Vorbild und mit ihren Erfahrungen die bil-dungspolitische Strategieentwicklung und die Debatte der Experten begleiten. Hierzu sind folgende Themenbereiche und Projekte vorstellbar:

Der Erwerb der deutschen Sprache, das Einüben von Kultur- und Sozialtechniken und alters-gemäßer Grundqualifikation wird in modellhaften **Integrationskindergärten** besonders geför-dert. Dazu werden erweiterte Betreuungszeiten angeboten und die Eltern intensiv in die Ver-mittlung von Bildung einbezogen (z.B. durch Sprachkurse für Mütter).

Eine **Internationale Schule** neuen Typs, eingebunden in die bestehenden weiterführenden Schulen. Diese Schule knüpft bewusst an die Potentiale der Internationalität des Stadtteils und die Erfahrungen der Schulen an und verknüpft diese mit der arbeitsmarktlichen Orientierung Hamburgs als weltoffener Handelsmetropole: Fundierte Grundbildung, Mehrsprachigkeit und berufliche Orientierung sind die Schwerpunkte. Die Klassen werden als reguläre Ganztags-schule eingerichtet, in denen eine umfassende didaktische und pädagogische Versorgung

sicher gestellt ist. Um dem beschriebenen negativen Verelendungskreislauf zu entrinnen, wird der Zugang von vorhandenen Bildungsvoraussetzungen, Leistungsbereitschaft und einer intensiven Kooperationsbereitschaft der Eltern abhängig gemacht.

Es wird ein **Kooperationsprojekt mit lokalen Wirtschaftsbetrieben** auf den Weg gebracht, das einen gegenseitigen Transfer von Erfahrungen und Anforderungen ermöglicht, um berufliche Orientierung aller Schulen auf den Elbinseln grundlegend zu verankern und wirksamere Zugänge zur Arbeitswelt zu ermöglichen.

Auf den Elbinseln wird ein **Zentrum für Grundbildung und Spracherwerb für Erwachsene** eingerichtet, um die vorhandenen Hemmnisse für die soziale und arbeitsmarktliche Integration abzubauen und Eltern bei der Begleitung der Bildungsanstrengungen ihrer Kinder zu unterstützen.

Es sollte ein abgestimmtes Verfahren zur Vorbereitung eines **Bildungskongresses Elbinseln 2006** in Gang gesetzt werden. Dabei ist sicherzustellen, dass sich Akteure vor Ort, Fachbehörden und Externe systematisch und gemeinsam auf einen ergebnisorientierten Ansatz vorbereiten. Im Rahmen dieses Kongresses sollen die Grundzüge einer Bildungsstrategie entwickelt und weitere Leitprojekte vorgeschlagen werden.

4.4. Vorbereitung einer „Internationalen Bildungsausstellung 2013“

Mit der Internationalen Gartenschau und der Internationalen Bauausstellung wird sich Hamburg mit der Elbinselregion international präsentieren. Eine ergänzende Internationale Bildungsausstellung wird den Willen und die Fähigkeit der Stadt demonstrieren, sich den bildungspolitischen Anforderungen zu stellen die mit einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung verbundenen sind. Hier werden die Bildungsstrategie der Hansestadt, die Prozesse der Innovationsentwicklung und die eingeleiteten und durchgeführten Projekte und Maßnahmen präsentiert und diskutiert.